Altersarmut

Auch im Landkreis Birkenfeld steigt jährlich die Zahl der Menschen, die im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind (die nach Ansicht der LINKEN zu gering ist). DIE LINKE fragte: Welche Möglichkeiten würden Sie als Landrätin/ Landrat nutzen, um dies zu verhindern bzw. diesen Menschen das Leben zu erleichtern?

Antworten der Kandidatinnen und Kandidaten in der Reihenfolge ihres Einganges

Matthias Keidel (FDP): Das ist vor allem ein bundespolitisches Thema. Konkret können wir aber einen Beitrag leisten, indem wir durch die entsprechende Infrastruktur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor Ort verbessern. Frauen übernehmen noch heute den Großteil der familiären Sorgearbeit, rutschen deshalb in finanzielle Abhängigkeiten und haben später geringere Renten. Eine moderne Gleichstellungspolitik und vor allem die Verbesserung der Kita-Landschaft im Kreis könnten einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass der Weg in die Grundsicherung nicht nötig ist.

Jeanette Geßner (Die Partei): Armut ist scheiße und ein Armutszeugnis für die Regierung. Daher werde ich Armut verbieten.

Stefan Worst (Einzelbewerber): Die Altersarmut im Landkreis ist strukturell bedingt und sie ist oft weiblich. Die Lösung ist langfristig und erfordert Geduld und starke Gewerkschaften. Denn gute Tarifverträge bedingen gute Löhne, gute Löhne verhindern Altersarmut. Kurzfristig werde ich prüfen, wie den Beziehern von Grundsicherungen Vergünstigungen etc. gewährt werden kann. Dies ist aber haushaltstechnisch nicht so einfach.

Miroslaw Kowalski (CDU): Der Landkreis kann vorbeugend Rahmenbedingungen schaffen, dass Menschen im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen sind. Gute Infrastruktur sorgt für gute Arbeitsplätze. Daher ist mir Infrastruktur sehr wichtig. Dazu gehören bessere Straßen, schnelleres Internet, gute Kitas und Schulen, ÖPNV bedarfsgerecht, Sportanlagen - aber auch eine funktionierende Verwaltung.

Bildung sorgt für bessere Einkommen. Daher gehört für mich auch die Qualifizierung von Menschen zu den Maßnahmen gegen Armut. Und als Voraussetzung für Integration. Dass sich Zugewanderte über einen Arbeitsplatz integrieren können, habe ich mit meinem eigenen Beispiel gezeigt.

Caroline Pehlke (SPD): Konkret gilt es Hilfs- und Beratungsangebote im Kreis zu etablieren und soziale Einrichtungen zu unterstützen. Als Landrätin ist der Handlungsspielraum bzgl. des Themas Altersarmut/ Grundsicherung leider sehr begrenzt. Hier gilt es gegenüber Land und Bund dieses Thema stärker zu platzieren.

Rouven Hebel (Freie Wähler): Viele Menschen, die jahrelang Deutschland mit aufgebaut haben und nun im Rentenalter sind, sind sich oft zu schade bzw. haben Hemmschwellen entsprechende Mittel zu beantragen. Ich werde niedrigschwellig auf die Menschen zugehen wollen um sie entsprechend zu animieren und zu unterstützen. In diesem Bereich kann man mit der kreisweiten Einführung der "Gemeindeschwester Plus", die sehr niedrigschwellig auf die Leute zu gehen kann, die Hemmschwelle für sozialbedürftige Menschen aktiv gesenkt werden.